

Sparmassnahmen trüben Uni-Anlass

Am Dies academicus der Universität Luzern überschatten Sparmassnahmen die universitäre Feierlaune. Religionslehrpersonen kritisieren den Entscheid.

Federico Gagliano

Am jährlich stattfindenden «Dies academicus» feiert die Universität Luzern sich selbst – zusammen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Politik, Bildung und Wirtschaft. Gestern wurden die Feierlichkeiten aber von den Sparmassnahmen getrübt, die vergangene Woche angekündigt wurden. Eine Kundgebung mit rund 30 Personen fand vor der Uni statt. «Diese Massnahmen sind das Resultat der nicht ausreichenden Finanzierung durch den Kanton», schreiben sie in einer Medienmitteilung.

Uni-Rektor Martin Hartmann ging in seiner Eröffnungsrede auf die Kritik ein: «Solche Kürzungen sind nie schön. Aber eine Uni muss auf Wandlungsprozesse eingehen können.» Die Studierendenzahlen würden zwar ansteigen, aber nicht in allen Fächern. Querfinanzierungen seien möglich, aber nicht für alles. Deshalb sei die Anpassung nötig. Die Uni hatte angekündigt, dass die Fächer Wissenschaftsforschung und Religionswissenschaft nächstes Jahr eingestellt werden. Die Studierenden dieser Fächer werden ihr Studium aber beenden können.

Kanton zahle zu wenig

Klarere Worte fand Professor Martin Baumann, Leiter des Seminars Religionswissenschaft. Er und sein Team wurden am Donnerstag für das Projekt «Religionsvielfalt im Kanton Luzern» mit dem «Open Science Award» prämiert. Der mit 1000 Franken dotierte Preis wird von der Universität Luzern an Personen und Projekte vergeben, die wissenschaftliche Prozesse offen gestalten und für alle zugänglich machen.

Dazu gehört Baumans Projekt: Seit über 20 Jahren dokumentiert sein Team mehr als 200 Religionsgemeinschaften im Kanton Luzern. Die Daten sind auf einer Onlineplattform frei zugänglich. Ein Projekt, das Baumann gerne fortführen würde,



Studierende an der Universität Luzern.

Symbolbild: Boris Bürgisser (Luzern, 16. 9. 2024)

de, es aber nicht kann, da das Fach nach seiner Emeritierung eingestellt wird. In seiner Dankesrede sagte er: «Wir bedauern das sehr und halten die Einstellung für einen inhaltlichen und strategischen Fehlentscheid.» Ihr Beispiel zeige, dass auch Dienstleistungen für die Bevölkerung verloren gehen würden. Baumann prangerte die unzureichende Finanzierung durch den Kanton an und appellierte an die Zuhörenden, darunter Bildungs- und Kulturdirektor Armin Hartmann: «Bildung kostet, zahlt sich aber aus.»

Der Bildungsdirektor und Präsident des Universitätsrats ging in seinem Schlusswort ebenfalls auf die Sparmassnahmen ein. Man habe alle Wortmeldungen, die seit dem Bekanntwerden der Sparmassnahmen Anfang Sommer eingegangen sind, berücksichtigt und eine verträgliche Lösung gesucht, die den langfristigen Er-

folg der Uni im Auge behalte. Diese wurde von allen Gremien bestätigt. «Nun gilt es, dies zu akzeptieren und umzusetzen. Gute Bildung können und wollen wir uns leisten, wir müssen uns aber auch fragen, was gute Bildung bedeutet.»

Unverständnis bei Religionslehrpersonen

Ob wirklich alle Kritiken angehört wurden, wird aber von Fachpersonen angezweifelt. Bereits im Juli hatten sich mehrere Institutionen, darunter auch der «Verein der Religionslehrer/-innen an den Luzerner Mittelschulen» (VRL), an das Bildungsdepartement und die Uni gewendet, um ihr Bedauern über die Sparmassnahmen auszudrücken. Eine Antwort blieb aber aus. Für Benno Bühlmann, Fachlehrer für Religionskunde und Ethik an der Kantonsschule Alpenquai, ein problematisches Vorgehen.

«Dieser Entscheid ist für mich als Religionslehrperson absolut unverständlich, anachronistisch und letztlich nicht nachvollziehbar», sagt Bühlmann, der bis 2023 noch Präsident des VRL war. Er habe regelmäßig im Kontakt mit Professoren und Dozenten des Religionswissenschaftlichen Seminars der Universität gestanden und habe diesen fachlichen Austausch über Religionsvielfalt im Kanton Luzern als wertvoll erlebt.

Anachronistisch sei der Entscheid, weil eine «fundierte fachliche Beschäftigung mit gesellschaftlichen Veränderungen im Bereich der Religionsvielfalt aktuell notwendiger denn je ist», sagt Bühlmann. Mit Blick auf die derzeitigen Entwicklungen in unserer Gesellschaft sei das Fach eher auszubauen. Das Interesse am Fachbereich «Religionskunde und Ethik» sei, zumindest an der Kanti Alpen-

quai, in den letzten Jahren stetig gestiegen. «Der Universitätsrat setzt ein sehr schlechtes strategisches Signal, wenn mit der Abschaffung des Fachbereichs Religionswissenschaften ein gesellschaftlich wichtiger Forschungsbereich marginalisiert wird.»

Erfolgreiche Forschungsprojekte

Schlecht seien auch die kommunizierten Entscheidungskriterien, die zur Schliessung der Religionswissenschaften geführt haben, sagen mehrere Religionslehrpersonen. In ihrer Medienmitteilung spricht die Universität Luzern beispielweise von 13 Vollzeitstudierenden – nicht gezählt werden aber diejenigen, die Religionswissenschaft als Nebenfach belegen. Gemäss Jahresbericht der Schweizerischen Gesellschaft für Religionswissenschaft verzeichnete das Fach im Frühlingssemester 2025 insgesamt 39 Studierende.

Auch nicht nachvollziehbar ist, weshalb die Religionswissenschaft gestrichen wird, obwohl sie bei der Einwerbung von Drittmitteln beim Schweizer Nationalfonds erfolgreich ist. In den letzten Jahren hat das Fach fast vier Millionen Franken eingespielt, darunter auch aus Mandatsstudien von anderen Kantonen oder privaten Stiftungen. Baumanns letztes Projekt, eine Studie über Religionswechsel bei muslimischen und christlichen Flüchtlingen aus Syrien, erhielt einen Betrag von fast einer halben Million Franken zugesprochen.

Gerade Uni-Rektor Martin Hartmann hatte am letztyährigen Dies academicus gesagt, dass unter anderem die Forschungskapazitäten wachsen sollen. Die Sparmassnahmen würden dem widersprechen und stehen insbesondere «quer zu den gesellschaftlichen Entwicklungen bezüglich der aktuell relevanten Forschungsfelder», sagen Fachleute wie Benno Bühlmann.

Kirchgemeinden zahlen weniger

Kanton Luzern Die Beiträge der Kirchgemeinden an die Landeskirche sinken 2026. Dies hat die Synode – das Parlament der Landeskirche – an ihrer Herbstsession am Mittwoch beschlossen, teilt die Katholische Kirche Kanton Luzern mit. Der Synodalrat hatte dem Parlament ein Budget vorgelegt, das mit einem Plus von 1 Million Franken rechnete. Das war einer Mehrheit der Synode zu viel. Mit 47:40 Stimmen entschied das Parlament, den Beitragssatz der Kirchgemeinden an die Landeskirche um zwei Tausendsteileinheiten auf 0,019 Einheiten zu senken – nicht nur um einen Tausendstel, wie der Synodalrat beantragt hatte. Der Budgetüberschuss sinkt damit auf 400'000 Franken.

Beantragt hatte diese doppelte Senkung die Geschäftsprüfungskommission (GPK). Es gebe «keinen erkennbaren Grund», einen Überschuss zu budgetieren, der fast neun Prozent der Beiträge der Kirchgemeinden insgesamt entspreche. Einigen würde so das Geld für eigene Aufgaben fehlen. Zudem habe die Landeskirche inzwischen genügend Eigenkapital.

Plus darf maximal 500'000 Franken betragen

Zudem entschied die Synode, dass die Landeskirche in den Planjahren bis 2030 jeweils nicht mehr als 500'000 Franken Ertragsüberschuss ausweisen darf. Der Synodalrat hatte in diesem Zeitraum mit Überschüssen von 0,6 bis 1,2 Millionen Franken gerechnet. Dieser hatte vergeblich vor «grossen Veränderungen und Unsicherheiten» gewarnt, beispielsweise bei der Spitalsversorgung am Luzerner Klinikspital. Dort würden aktuell Zuständigkeiten und finanzielle Beteiligungen hinterfragt.

Zudem wurden die Präsidien von Synode und Synodalrat neu besetzt. 2026 und 2027 führt Walter Hofstetter (Luzern) das Parlament – er übernimmt das Präsidium von Susan Schärli-Habermacher (Beromünster). Neuer Vizepräsident ist Urs Ebööther (Rothenburg). Neuer Präsident des Synodalrats ist Thomas Räber (Gelfingen), neue Vizepräsidentin die bisherige Präsidentin Sandra Huber (Willisau). Weil 2026 Gesamterneuerungswahlen stattfinden, müssen die Gewählten im nächsten Mai bestätigt werden. (fmii)

278 Millionen für Prämienverbilligung

Der Luzerner Regierungsrat hat die Richtprämien für die Prämienverbilligung 2026 festgelegt.

Silvio Frei

Der Luzerner Regierungsrat hat die Richtprämien für die Prämienverbilligung 2026 festgelegt. Wie der Kanton in einer Mitteilung schreibt, sind im Zuge des «erneut überdurchschnittlichen Prämienanstiegs» im kommenden Jahr gut 278 Millionen Franken zur Entlastung der Luzerner Bevölkerung vorgesehen.

Vom Regierungsrat werden jährlich die Parameter für die Berechnung der Prämienverbilligung definiert. Dies geschieht unter Berücksichtigung der Prämienentwicklung und der zur Verfügung stehenden Mittel.

Die Richtprämien für das Jahr 2026 (in Schweizer Franken)

	Prämienregion 1	Prämienregion 2	Prämienregion 3
Erwachsene	5628 (2025: 5436)	5304 (2025: 5112)	5100 (2025: 4932)
Junge Erwachsene	4044 (2025: 4056)	3780 (2025: 3804)	3660 (2025: 3672)
Kinder	1308 (2025: 1260)	1224 (2025: 1164)	1176 (2025: 1128)

Quelle: Kanton Luzern / Grafik: mlu

Zur Berechnung des Anspruchs auf Prämienverbilligung für das Jahr 2026 gelten in den einzelnen Prämienregionen die in der Tabelle genannten Richtprämien in Franken.

Anspruch auf Prämienverbilligung haben Bezügerinnen und Bezüger von Ergänzung-

leistungen zur AHV/IV, Sozialhilfebeziehende sowie Haushalte, deren Ausgaben für die Krankenkassenprämien mindestens zehn Prozent des massgeblichen Einkommens übersteigen.

Haushalte in «bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnis-

nissen» werden laut Regierung damit gezielt entlastet.

Budget muss noch genehmigt werden

Die Einkommensgrenze für den Anspruch auf Verbilligung der Prämien von Kindern und jungen Erwachsenen in Ausbildung

beträgt für Familien mit mittleren Einkommen neu 96'392 Franken für Paare und 77'114 Franken für Alleinerziehende.

Im kommenden Jahr sollen somit rund 278 Millionen Franken für die individuelle Prämienverbilligung eingesetzt werden, um die Belastung der Bevölkerung zu verringern. Dies unter der Voraussetzung, dass der Kantonsrat im Dezember das entsprechende Budget 2026 genehmigt. Wie es in der Mitteilung heißt, können die Prämien von schätzungsweise mehr als 126'400 Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen – oder 28 Prozent der Bevölkerung – finanziell entlastet werden. (sfr)

Unfall auf der A2

Sursee Glück im Unglück für zwei Personen am Mittwochabend: Trotz heftigem Selbstunfall blieben ein 21-jähriger Autofahrer und seine Mitfahrerin unverletzt. Wie die Luzerner Polizei mitteilte, war der Mann gegen 21.45 Uhr auf der A2 von Dagmersellen in Richtung Sursee unterwegs.

Aus bisher unklaren Gründen verlor der Lenker die Kontrolle über das Fahrzeug, geriet auf die Randleitplanke und schlitterte rund 100 Meter darauf entlang. Anschliessend kippte das Auto eine Böschung hinunter und überschlug sich mehrfach. (sfr)